

Editorial

Liebe Buchfreundinnen und -freunde!

Mir verschlägt es regelmäßig die Sprache, wenn ich hören oder lesen muss, dass sich die eine oder andere Persönlichkeit mehr oder minder öffentlichen Interesses wieder einmal für einen sofortigen Stopp der Kriegshandlungen in der Ukraine und die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien ausgesprochen hat. Worüber soll denn dabei gesprochen werden? Über einen Verzicht der Ukraine auf staatliche Souveränität und territoriale Integrität, nachdem sich die russische Führungsclique unter Putin seit 2014 unter völliger Missachtung des Völkerrechts ein großes Stück ukrainischen Hoheitsgebiets gewaltsam unter den Nagel gerissen hat? Jedes Zugeständnis an Russland würde nur bedeuten, dass sich eklatanter Völkerrechtsbruch und wohl tausendfacher Mord an und die Schinderei der ukrainischen Zivilbevölkerung letztlich doch lohne. Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass sich die ukrainische Führung mit mutmaßlichen Kriegsverbrechern an einen Verhandlungstisch setzen könnte, um gemeinsam nach Kompromissen zu suchen. Dagegen sprechen schon die Berichte und Bilder, die nach dem Rückzug der russischen Okkupanten aus Butscha und anderen Orten um die Welt gingen.

Die Forderung nach Aufnahme von Verhandlungen erscheint nur auf den ersten Blick vernünftig – in etwa so vernünftig wie die Verhandlungen, die der britische Premierminister Chamberlain mit Adolf Hitler zur Beilegung der Sudetenkrise des Jahres 1938 geführt hatte. Chamberlain wollte durch territoriale Zugeständnisse an NS-Deutschland Hitlers Kriegspläne durchkreuzen und glaubte tatsächlich, diese erreicht zu haben, als er am 30. September 1938 erklärte, dass in den Gesprächen mit Hitler „peace for our time“ gewonnen worden sei. Nur elf Monate später entfesselte Letzterer mit dem Befehl zum Beschuss der Westerplatte durch das Linienschiff Schleswig-Holstein den Zweiten Weltkrieg. Hitler dachte nicht daran, sich mit dem Erreichten zufriedenzugeben, sondern interpretierte den Verhandlungswillen Chamberlains als Zeichen der Schwäche und fühlte sich in seinem Handeln bestärkt.

Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich doch, wie Mark Twain einst schrieb: Premierminister Chamberlain hatte gehofft, den deutschen Diktator mit territorialen Zugeständnissen beschwichtigen zu können, zur Not auch unter Inkaufnahme der Preisgabe eines souveränen Staates. Damals war es die Tschechoslowakei. Gut gemeint, aber schlecht gemacht, könnte man sagen, denn Chamberlain und seine Co-Appeser hatten eine zentrale Vorausset-

zung für Verhandlungslösungen schlicht nicht berücksichtigt: Verhandlungen führen immer nur dann zu dauerhaften Lösungen, wenn alle Verhandlungsparteien dazu bereit sind, Kompromisse einzugehen und sich dann auch noch an die darin getroffenen Absprachen zu halten. Doch warum hätte Hitler sich an die Absprachen halten sollen? Nazi-Deutschland hatte seit 1933 laufend Völkerrecht und internationale Verträge gebrochen, ohne dass sich die Siegermächte des Ersten Weltkriegs zu Sanktionen hätten durchbringen können. Stattdessen wurden Hitlers Völkerrechtsbrüche mit Zugeständnissen belohnt. Zugleich empfand er, der zu allem bereit war, den Verhandlungswillen der britischen Appeaser als Ausdruck auch der militärischen Schwäche, was zugleich seine Bereitschaft, einen Krieg zu entfesseln, weiter beförderte. Gewaltbereite Autokraten überschreiten offensichtlich nur dann rote Linien nicht, wenn sie befürchten müssen, andernfalls selbst ihre Macht zu verlieren. Ähnliches würde auch für das Putin-Regime gelten, wenn es aus Friedensverhandlungen mit territorialen Gewinnen hervorginge. Es würde jedes Zugeständnis als Zeichen der Schwäche der Gegenseite interpretieren. Eine stabile Friedensordnung für Europa lässt sich nun einmal nicht für den Preis von territorialen Zugeständnissen an einen Aggressor erkaufen, im Gegenteil sorgt dieser für ständige Instabilität.

Kürzlich las ich in der Ankündigung einer Buch-Neuerscheinung für den Herbst 2022, dass es in Kriegen keine Sieger gebe, sondern um Auswege gehe, die einen tragfähigen Frieden ermöglichten. Frieden und Freiheit dürften nicht den Militärs überlassen werden, auch nicht den Politikern, sondern sie seien Sache der Zivilgesellschaft. Hier sei die Frage erlaubt, wie denn die so beschworene Zivilgesellschaft Frieden und Freiheit durchsetzen soll, wenn nicht durch das Wirken von Politikern und Militärs? Natürlich bezog sich der Text auf den Krieg in der Ukraine, an dem „der Westen“ angeblich auch noch Teil des Problems sei. Welcher Art dieses Problem sein soll, wird indes nicht weiter ausgeführt. Vielleicht, weil er einfach existiert? Weil er andere Werte, nämlich zivilgesellschaftliche vertritt, als Wladimir Wladimirowitsch Putin? Werte, die möglicherweise auch für die russische Zivilgesellschaft attraktiv sein könnten und die damit eine Bedrohung der Machtgrundlage des russischen Autokraten darstellen? Als eine Lösung wurde empfohlen, die UNO zu stärken. Auch hier sei die Gegenfrage gestattet, wie denn diese Stärkung erreicht werden soll, wenn Aggressoren wie Putin im Sicherheitsrat über ein Veto-Recht verfügen.

Weiter konnte man lesen: „Wer den Opfern helfen will, sollte die Genesis von Krisen und Kriegen zur Kenntnis nehmen.“ Wenig überraschend: Die Autorin des so angekündigten Buches zählt zu den Unterzeichnern jener Aufrufe, in denen im Sommer 2022 nach einer Verhandlungslösung zur Beilegung des von Russland entfesselten Kriegs gegen die Ukraine aufgerufen wurde. Es bleibt zu fragen, warum sie sich nicht selbst sorgfältiger mit der Genesis des russischen Kriegs gegen die Ukraine befasst hat. Hätte sie beispielsweise das von Rainer Eckert in dieser Ausgabe vorgestellte Werk von Winfried Schneider-Deters über die Ukrainischen Schicksalsjahre 2013–2019 zur Kenntnis genommen, wären auch ihr vielleicht die Parallelen zwischen Hitlers Handeln in den

1930er Jahren und Putins Agieren spätestens seit 2008 aufgefallen. Möglicherweise wäre ihr dann auch klar geworden, dass die Ukraine vor dem 24. Februar 2022 etwa zehn Jahre lang ständig am Rande eines offenen Krieges mit Russland gestanden hatte. Viele Politiker und Beobachter im Westen wollten dies freilich nicht wahrhaben. Stattdessen verfolgten der Westen und hier besonders Deutschland eine ganz eigene Form des Appeasements und begab sich damit in eine wie wir heute wissen verhängnisvolle Abhängigkeit von russischen Rohstofflieferungen. Dennoch: Viele der deutschen „Russland-Versteher“ scheinen immer noch zu glauben, dass es am besten wäre, wenn die Ukrainer die Waffen streckten und sich so weitere Leiden ersparten. Ob sie ernstlich glauben, dass sie so den aggressiven russischen Imperialismus Putin'scher Provenienz stoppen könnten?

Nun zu einem anderen Thema. Bekanntlich müht sich Jan Böhmermann regelmäßig und zu später Stunde darum, die noch verbliebenen Zuschauerinnen und Zuschauer vor den Fernsehgeräten mit der Aufklärung vermeintlicher oder tatsächlicher Skandale zu unterhalten. Dabei hat er sicher den einen oder anderen Treffer gelandet. Manchmal wäre es indes ratsam gewesen, wenn sich seine Redaktion etwas ausführlicher informiert hätte. So beispielsweise bei der Frage, inwieweit Angehörige des ehemaligen deutschen Kaiserhauses Steigbügelhalter bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten gewesen seien. Lothar Machtan zeigt in seiner Besprechung des Werkes von Stephan Malinowski über das Verhältnis der Hohenzollern zu den Nazis, dass das von der Böhmermann-Redaktion übernommene Malinowski-Narrativ nur eine von mehreren möglichen Lesarten der Geschichte ist. Auch Machtan bestreitet nicht, dass Kronprinz Wilhelm, um den es in dieser Geschichte eigentlich geht, dem Nationalsozialismus durchaus wohlwollend gegenüberstand. Daraus jedoch zu schlussfolgern, dass die Nazis aus dieser Nähe politisches Kapital schlagen konnten, hält Machtan zumindest für problematisch. Um eine halbwegs realistische Einschätzung des politischen Wirkens und der Wirkung des Agierens Wilhelms vornehmen zu können, sei es unserem Rezensenten zufolge nötig, sich von der Anklage-Perspektive Malinowskis zu lösen. Würde man sich auf diesen rein analytischen Sehepunkt begeben, trete Wilhelm weder als eine politische Signalperson noch als ein militantes Streitross des rechten antirepublikanischen Milieus hervor. Zu einer genuin politischen Haltung habe er es eigentlich nie gebracht; zu einem Machtwort schon gar nicht. Für Lothar Machtan steht somit fest, dass sich die Hohenzollern nicht mit den Nazis politisch zusammengetan hatten, um Deutschland gemeinsam in den Abgrund zu führen. Insofern ist die Geschichte einer Kollaboration für ihn nicht mehr als heiße Luft.

Ohnehin sei vor dem Hintergrund der allgegenwärtigen Krisen wie Krieg in der Ukraine, den weiterhin spürbaren Folgen der Corona-Pandemie, hoher Inflation und drohender globaler Rezession die Frage gestattet, ob es hierzulande keine drängenderen Probleme gibt, als darüber nachzudenken, welche Rolle ein politisch vielleicht ambitionierter, jedoch nur mäßig talentierter Angehöriger des Hauses Hohenzollern bei der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland gespielt hat.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende und spannende Lektüre der hier versammelten Besprechungen! Und bleiben Sie zuversichtlich, auch wenn es in Zeiten wie diesen nicht immer leichtfällt!

Herzlichst
Ihr
Jürgen Elvert